

Kohle- Ausstieg

Immer mehr Städte ziehen ihr Geld aus klima- und umweltschädlichen Finanzanlagen ab. Das sogenannte Divestment ist ein wichtiger Hebel für den Klimaschutz weltweit. Eine Vorreiterin in Deutschland ist Bonn. Carsten Buschmann von der Stadtkämmerei erklärt, warum die ehemalige Bundeshauptstadt nicht mehr in Kohle und Öl investiert

Text Julia Graven

Die Stadt Bonn versucht seit ein paar Jahren, ihr Kapital nicht mehr dort anzulegen, wo Gewinne durch Umweltzerstörung und unmenschliche Arbeitsverhältnisse erzielt werden. Wie bleibt das Geld sauber?

Wir arbeiten mit drei Filtern: Es geht erst einmal darum, heikle Branchen auszuschließen und Verstöße gegen internationale Normen, etwa gegen menschenwürdige Arbeitsbedingungen, zu berücksichtigen. Dann schauen wir, wie die Firmen bei den Themen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung aufgestellt sind, und nicht zuletzt auch, ob sie mit ihren Produkten und Dienstleistungen zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, der Agenda 2030, beitragen.



Carsten Buschmann, 49, kümmert sich seit 2008 um die Finanzanlagen der Stadt Bonn. Beim Thema Divestment ist er ein gefragter Ansprechpartner für andere Kommunen und freut sich über die Quantensprünge, die nachhaltige Finanzprodukte zuletzt gemacht haben.

Gegen den Staatlichen Pensionsfonds von Norwegen mit rund einer Billion Euro sind die Bonner Anlagen mit 99 Millionen Euro ein kleiner Fisch – lohnt sich der Aufwand überhaupt?

Man kann natürlich nicht davon sprechen, dass Kommunen eine große finanzielle Marktmacht haben. Im Gegenteil, in Nordrhein-Westfalen sind die Hälfte der Kommunen hoch verschuldet und haben wenig Finanzmittel zum Anlegen. In der Öffentlichkeit haben sie aber eine Vorbildfunktion. Insofern haben ihre

Finanzanlagen Signalcharakter. Wir zeigen den Banken: Da muss man etwas tun! Und wer weiß, vielleicht bringen wir damit Größeres ins Rollen.

Wie kam es denn dazu, dass Bonn nicht mehr in fossile Energien investiert?

Wir haben seit 2014 eine Richtlinie, die regelt, wie Stiftungsgelder und Rücklagen angelegt werden. Die Linke stellte damals den Antrag, dass wir „auch in ethische und ökologische Anlagen“ investieren sollen. Das „auch“ haben wir dann im Geiste gestrichen und gesagt: Das machen wir grundsätzlich so. 2018 hat der Stadtrat dann beschlossen, die Ausschlusskriterien um Atomenergie und fossile Energien zu ergänzen.

Und die Rendite stimmt trotzdem?

Zahlreiche Studien bestätigen, dass eine nachhaltige Finanzanlage die Rendite nicht verringert. Wir streben einen durchschnittlichen Ertrag von zwei Prozent an, den wir auch erreichen können – mit dreißig Prozent Aktien und siebenzig Prozent Staats- oder Unternehmensanleihen. Wenn wir in Firmen investieren, die Umweltschutz ernst nehmen, soziale Standards einhalten und eine verantwortungsvolle Führung haben, ist das für uns außerdem eine Art Risikomanagement. Solche Unternehmen haben einfach weniger Risiken.

Dann hat Divestment also nur Vorteile?

Nicht ganz. In Bonn dürfen wir aktuell nur in Finanzanlagen investieren, die in Euro notieren. Damit sind wir bei der Auswahl der Unternehmen und Länder stark eingeschränkt. Zudem fallen durch das Divestment allein aufgrund des Ausschlusses der Atomenergie weitere Länder wie Frankreich oder Belgien raus. Wir müssen aufpassen, die Sicherheit der Investitionen als oberste Priorität nicht zu gefährden. Auf staatlicher Ebene dürfen wir lediglich noch in zehn Euroländer investieren. Da wird es irgendwann schwer, einen sicheren Hafen zu finden.

Wie ist das bei den Investments in Unternehmen?

Wir haben festgestellt, dass wir bei den Themen Korruption und Umwelt noch strenger sein müssen, um den „UN Global Compact“ zu erfüllen. Das ist die mit 7000 Unternehmen weltweit wichtigste Initiative für nachhaltige Unternehmensführung. Zum Beispiel sind einige Autofirmen nach dem Abgasskandal jetzt nicht mehr im Portfolio – wegen schwerer Verstöße gegen die Prinzipien des Global Compact. Ein Autohersteller kann aber auch wieder reinrutschen, wenn Skandale aufgearbeitet sind und das Unternehmen sich zum Beispiel beim Elektro- oder Wasserstoffantrieb weiterentwickelt. Hierfür greifen unsere Vermögensverwalter auf die Informationen spezieller Nachhaltigkeits-Ratingagenturen zurück.

Reicht es denn aus, Schlechtes zu verhindern?

Natürlich wäre es schön, wenn wir uns an Start-ups beteiligen könnten, die Plastikmüll aus dem Meer fischen. Aber wir müssen eine Rendite erwirtschaften, das schreibt die Gemeindeordnung des Landes vor. Wenn der Ertrag nicht garantiert ist und die Sicherheit der Anlage grundsätzlich in Gefahr sein könnte, weil dem Start-up zum Beispiel das Geld ausgeht, dann dürfen wir in solche Unternehmen nicht investieren.

Schade, Sie wollen doch Gutes tun...

Schon, aber wo und mit was erzielt man eine positive Wirkung und wie kann man diese messen? Hier ist die Finanzbranche aktuell noch nicht weit genug. Vor Kurzem haben wir daher gemeinsam mit unseren Banken eine Strategie entwickelt, mit der wir verstärkt in Unternehmen investieren wollen, die Umsätze mit Produkten oder Dienstleistungen im Sinne der UN-Agenda 2030 erzielen. Das könnten Medizinprodukte sein oder Technologien für sauberes Trinkwasser, saubere Energie oder bessere Luft. Wir wollen die positive Wirkung stärken. ●

Was kann ich tun, damit meine Stadt der Kohle das Kapital entzieht?

Beispiel Köln:

Tim Petzoldt ist ein Kampagnenprofi. Zusammen mit Greenpeace Köln und einigen Lokalgruppen der Fossil-Free-Bewegung, die das Thema Divestment weltweit forciert, hat er mit der Kampagne #RausAusRWE für Aufsehen gesorgt. Sie deckte in den vergangenen Jahren ein weitverzweigtes Netz von Beteiligungsgesellschaften auf, über das viele Kommunen vor allem im Ruhrgebiet mit Millionen von Euro an dem Kohlegiganten beteiligt waren. „Die Bürgermeister haben da zum Teil selbst nicht durchgeblickt“, erzählt Petzoldt. „Das war schon ein toller Moment, als irgendwann alle RWE-Beteiligungsgesellschaften aufgelöst wurden und einige Kommunen ihre RWE-Aktien abgestoßen haben.“ Wer den Ausstieg der eigenen Kommune aus fossilen Energien erreichen will, so Petzoldt, sollte zum einen das Gespräch mit den Stadträten suchen, aber auch die Öffentlichkeit für das Thema gewinnen – zum Beispiel mit einer Petition oder, noch wirkungsvoller, mit einem bindenden Bürgerbegehren.

Beispiel Dachau:

Dass eine kleine, schlagkräftige Truppe mit einem Bürgerbegehren viel bewegen kann, hat „Kontra-Kohlestrom-Dachau“ bewiesen. Die Bürgerinitiative schaffte es bereits im Jahr 2010, die Beteiligung der Stadt an einem Kohlekraftwerk zu verhindern. Gründungsmitglied Michael Eisenmann erinnert sich: „Wir waren nur eine Handvoll Leute, aber wir haben uns Beistand bei Profis geholt: beim Verein BürgerBegehren Klimaschutz und der Klima-Allianz Deutschland. Die haben uns finanziell und bei der Formulierung des Begehrens geholfen.“ Um die notwendigen rund 2000 Stimmen für die Zulassung des Bürgerentscheids zu gewinnen, verteilte die Gruppe Postkarten, mit denen die Leute ihre Unterschriften kostenlos zurückschicken konnten. „Das war günstig und effizient“, so Eisenmann. Mit Plakaten, Diskussionsveranstaltungen und Infoständen warb die Initiative für ihre Sache. Wichtig dabei: soziale Medien und Aufmerksamkeit in der Lokalpresse. Entscheidend sei aber letztlich das Timing gewesen, sagt Eisenmann. Die Abstimmung wurde parallel zum bayerischen Volksentscheid für einen besseren Nichtraucherschutz angesetzt, der damals die Gemüter erhitzte – und viele Menschen an die Urne brachte.